

# SPD demokratischer pressediens

P. XXVI '211

4. November 1971

Die Gipfelkonferenz ist keine Zauberformel

-----  
Reale Einschätzung der Lage Europas mit Blick  
nach vorn

Von Walter Behrendt SPD-MdB  
Präsident des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 2 / 100 Zeilen

Eine Sensation, die keine war

-----  
Notwendige Klarstellungen zum Lärm um die  
Mob-Fahrzeuge

Seite 3 und 3a / 64 Zeilen

Beförderungstau wurde abgebaut

-----  
Aufstieg in der Bundeswehr nach Eignung  
und Leistung

Von Klaus Richter SPD-MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Bundestages

Seite 4 / 31 Zeilen

Das Meer ist noch zu retten

-----  
Ausbau des Umweltschutz-Überwachungssystems  
dringend erforderlich

Seite 5 / 42 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

## Die Gipfelkonferenz ist keine Zauberformel

Reale Einschätzung der Lage Europas mit Blick nach vorn

Von Walter Behrendt SPD-MdB

Präsident des Europäischen Parlaments

Die europäische Gipfelkonferenz kommt. Dies zumindest scheint sicher. Die Außenminister gehen schon Anfang November in einer Tagung in Rom an die Vorbereitung.

Damit werden Hoffnungen erweckt wie bei jeder vorhergehenden Gipfelkonferenz, vielfach genährt durch ein falsches Verständnis von Politik, das die Staats- und Regierungschefs mit der Gloriette allmächtiger absoluter Könige umgibt. Die Frage muß deshalb gestellt werden: Was kann, was soll die Gipfelkonferenz lösen?

Verderblich wäre es, und zwar nicht nur für das Ansehen der Beteiligten, sondern auch für das Fortschreiten der europäischen Einigung, wenn sich die Gipfelkonferenz mit Themen belastete, die jetzt schon durch technische oder harte Interessengegensätze festgefahren sind. Kann man sich vorstellen, daß sich Pompidou und Brandt vor den Augen ihrer Kollegen etwa über die höchstzulässige Achslast für schwere Lastkraftwagen streiten, eine Frage, bei der eigentlich schon die Verkehrsminister überfordert sind und die am besten dem diplomatischen Verhandlungsgeschick hoher Chargen der Bürokratie überlassen bliebe?

Es wird also darauf ankommen, Themen zu finden, bei denen Lösungen in der kurzen Zeit einer Tagung denkbar sind und die eher eine politische Absichtserklärung als ausgehandelte technische Details erfordern. Da die internationale Währungspolitik als Beratungsgegenstand offenbar nicht zu vermeiden ist, kommt vieles für den Erfolg der Konferenz darauf an, inwieweit hier die Positionen vorher schon geklärt werden können, denn die Währungspolitik ist ein Feld, in dem sich politische Absicht und ein politischer Wille zur Zusammenarbeit mit komplizierten Regelungen zu ihrer praktischen Durchführung verbinden müssen. Will die Gipfelkonferenz auf diesem Gebiet zu einem Erfolg kommen, dann ist zu empfehlen, keine Zeit mehr zu verlieren, das heißt, zuerst das Gespräch mit Frankreich zu suchen und dann in den verbleibenden Monaten die Währungsexperten der Sechs und der beitragswilligen Länder zu einer Serie von Vorkonferenzen zu vergattern.

Die Gipfelkonferenz würde jedoch ihren wesentlichen Auftrag verspielen, wenn sie sich nur mit einigen ausgewählten Sachfragen, und seien sie auch noch so wichtig, beschäftigte. Was von ihr erwartet werden muß, ist die politische Akzentsetzung für die Weiterentwicklung des geeinten Europas im kommenden Jahrzehnt. Der Dialog mit den neuen Mitgliedern, den sie eröffnet, wird hierbei schon ein erstes Element darstellen. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß dieser Dialog auf die zentralen Themen hingelenkt wird, nämlich auf die politische Dimension und die Strukturen des erweiterten Europa.

Politische Dimension heißt hierbei, daß die Staats- und Regierungschefs sich darüber verständigen sollten, welche großen politischen Aufgaben sie dem erweiterten Europa für die nächsten Jahre zuweisen wollen. Eines ist klar: Schon vor dem Vollzug des Bei-

trittes der neuen Gemeinschaftsmitglieder wird die Welt immer stärker nach diesem Europa blicken und seine aktive Präsenz bei der Lösung lebenswichtiger Fragen fordern, wobei die internationalen Wirtschaftsbeziehungen einschließlich der Währungsfragen und die Lösung des Nord-Süd-Konfliktes nur als Stichworte zu nennen sind. Vorauszusehen ist, daß vor allem von außen her ein derart hoher Anspruch an die Formulierung gemeinsamer Politik an die Gemeinschaft herangetragen wird, daß diese ihm ohne innere Stärkung nicht gerecht werden kann, was wiederum zu starken internen Spannungen führen kann. Dem müssen unsere leitenden Staatsmänner schon jetzt vorbeugen.

Die Frage, in welchem politischen Rahmen die Gemeinschaft des nächsten Jahrzehnts zu sehen ist, führt damit unmittelbar zur Frage nach ihren institutionellen Strukturen, die zwei Kriterien gerecht werden müssen: Die Institutionen der Gemeinschaft müssen leistungsfähig sein, das heißt, in der Lage, mit Politikansprüchen fertigzuwerden, und sie müssen demokratisch sein. Auch dem bislang vernachlässigten zweiten Kriterium muß unsere ganze Aufmerksamkeit gelten.

Ist es denkbar, daß die Staats- und Regierungschefs demokratischer Länder zu einer Gipfelkonferenz zusammentreten, ohne über die zentrale Frage der Demokratie in der Gemeinschaft zu sprechen? Kann man sich vorstellen, daß sie kein Wort darüber finden, wie der europäische Bürger näher mit dem Gemeinschaftsgeschehen verbunden werden kann, so daß er sich letztlich mit ihm identifiziert? Kann man über das Fortschreiten der Gemeinschaft sprechen, über Wirtschafts- und Währungsunion, über politische Zusammenarbeit, über die politische Verantwortung der Gemeinschaft in der Welt, ohne in einzelnen darzustellen, wie diese Entwicklung den Europäer einbeziehen wird?

Dies führt zu der konkreten Forderung an die Gipfelkonferenz, nicht nur ausgewählte materielle Fragen und gegebenenfalls die Wirksamkeit der Institutionen zu besprechen, sondern mit in erster Linie die demokratische Ausgestaltung der Gemeinschaft. Das Europäische Parlament wird sich in diesen Dialog einschalten. Es hat schon beschlossen, kurz vor der Gipfelkonferenz zu einer Sondersitzung zusammenzutreten. Zu erwarten ist hierbei, daß das Parlament präzise Vorstellungen an die Adresse der Staats- und Regierungschefs über die Verstärkung seiner Befugnisse und über die Festsetzung des Termins für die vertraglich vorgesehenen Direktwahlen entwickeln wird. In diesem Zusammenhang kann man die Frage stellen, ob es nicht der großen Hoffnung, zusammen mit der Erweiterung der Gemeinschaft ihre Demokratisierung voranzubringen, angemessen wäre, wenn unmittelbar im Erweiterungsvertrag ein Stufenplan für den Ausbau der Gesetzgebungsbefugnisse des Parlaments und ein Datum für die Direktwahlen festgehalten würde. Denn dieser Vertrag wird ohnehin von allen Parlamenten der bisherigen Mitgliedstaaten und der neu hinzukommenden ratifiziert werden müssen.

Die Gipfelkonferenz kann gewiß nicht als Zauberformel zur Lösung aller möglichen Probleme verstanden werden. Sie ist eine hochpolitische Veranstaltung und sollte vor allem die politischen Akzente für die Entwicklung der Gemeinschaft im nächsten Jahrzehnt setzen. Reale Einschätzung der Lage wird gewiß vonnöten sein, darf jedoch nicht mit kleinlichem Festkleben an dem gerade Erreichten verwechselt werden. Nur wer den Blick nach vorn gerichtet hat, wird sicher in die Zukunft gehen.

-/ex/4.11.1971/boy

Eine Sensation, die keine war

Notwendige Klarstellungen zum Lärm um die Mob-Fahrzeuge

Ein paar Worte verschlugen Millionen den Atem. Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hatte in einem Vortrag vor der Hermann-Ehlers-Stiftung in Kiel in einigen Nebensätzen ausgeführt, daß er mit der Erprobung der Gesamtverteidigung in einem bescheidenen Bereich ernst machen wollte. Zum erstenmal in der kurzen Geschichte der Bundeswehr und der Bundesrepublik überhaupt sollte im Rahmen einer Brigadeübung eine Leistung auch von ziviler Seite erbracht werden. Der von Schmidt eher so dahingesprochene Satz, man werde auch zivile Fahrzeuge "wie sie da draußen stehen" heranziehen, um zu sehen, wie so etwas überhaupt funktioniert, löste eine Welle von ängstlichen bis gewalttätig klingenden Unmutsäußerungen aus. Der unglückliche Umstand, daß das Verteidigungsministerium am Allerheiligen-Montag nicht voll arbeitsbereit war, ließ den an diesem Tage erscheinenden Zeitungen freien Raum für gewaltige Spekulationen. Kaum ein Kommentator verkniff sich die Bemerkung, daß der Deutsche sich eher von Weib und Kind trennen als auf sein Auto zugunsten anderer verzichten würde.

Die ganze Wahrheit kam dann einen Tag später in einem Frage- und Antwortspiel zwischen Bundespressekonferenz und dem Sprecher des Verteidigungsministeriums ans Licht und später in die Zeitungen. Am meisten beruhigte die Feststellung aus offiziellem Mund, daß im Rahmen der Brigadeübung einige Hundert, der Sprecher nannte 300 bis 500, Lastkraftfahrzeuge herangezogen werden sollen, und daß eine Mobilisierungsübung nicht eine Mobilmachung im klassischen Sinne ist, sondern die routinemäßige Erprobung der aktiven Truppe und des Heranziehungsverfahrens für ziviles Gerät.

Die Aufregung rührte außerdem wohl daher, daß man die Ankündigung einer interessanten Übung zum zentralen Punkt des Kieler Ministervortrages machte, der in Wirklichkeit die Entspannungs- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung behandelte. Zum soundsovieltenmale hatte Schmidt dabei dargestellt, was Kanzler und Außenminister in der gleichen Dringlichkeit immer wieder betonen, daß es nämlich tatsächliche Entspannung nur bei gleichzeitigen und gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen der verbündeten westlichen Staaten

geben kann. Erfolge in der Entspannungspolitik setzen voraus, daß die andere vorgeschaltete Komponente der Sicherheit, nämlich die defensiven Verteidigungsvorkehrungen glaubwürdig und damit politisch wirksam gemacht werden. Um zu sagen, daß es der Bundesregierung ernst ist mit der Verteidigung, hatte Schmidt in einigen Beispielen auch die Brigadeübung für das nächste Jahr angekündigt. Der dabei von ihm verwendete Begriff der Mobilisierung einer Brigade wurde dann auf manchen Redaktions-schreibtischen zu einer "landweiten Mobilmachung". Brigadeübungen sind in der Bundeswehr ein beinahe monatliches Ereignis, und die seit Jahren zu diesen Übungen von ihren Arbeitsplatz einberufenen Reservisten halten diese Form der Leistung für den "Bund" für eine Selbstverständlichkeit.

Die Aufregung über die nun angekündigte Heranziehung von Kraftfahrzeugen, die im Übrigen von der Truppe gar nicht benutzt, sondern lediglich registriert werden sollen, ist umso unverständlicher, als das 1961 verabschiedete Bundesleistungsgesetz und die dazu ergangene Rechtsverordnung diese Sachleistung der zivilen Seite vorsieht und die Erfassung von Lastkraftwagen und anderen Spezial-Nutzfahrzeugen durch die Kreiswehrrersatzämter eingeleitet worden ist. Mit Recht wurde auch darauf hingewiesen, daß gerade ein solches Verfahren geeignet ist, die defensive Struktur und den defensiven Auftrag der Bundeswehr auch jenseits der Landesgrenze zu demonstrieren. Die Bundeswehr ist kein Expeditionskorps mit doppeltem Fahrzeugpark für ihre Reservisten, sondern steht im Lande und bedient sich der im eigenen Lande verfügbaren zivilen Fahrzeuge und Gerätschaften. Das beginnt bei der Bäckerei im Dorfe X statt einer Bäckereikompanie und endet bei der von einem zivilen Unternehmen herangezogenen Flaniertruppe, die die Bundeswehr nicht kaufen und für teures Geld unterhalten muß.

So ist ein interessantes Randergebnis, wie es eine Zeitung schrieb, aus vielerlei Motiven zu größter Wichtigkeit aufgeblasen worden. Ärger scheint nur dort berechtigt zu sein, wo man nicht ohne Grund bedauern muß, daß es ausgerechnet die jetzige sozialliberale Bundesregierung ist, die Verständnis für Fakten der internationalen Sicherheitspolitik beweist und anders als ihre Vorgängerinnen handelt. Handelt mit dem Mut, daß aus der Verantwortung geborene politische Entschlüsse zwar notwendig, aber nicht immer populär sind.

(ah/ex/4.11.1971/bqy)

Beförderungsstau wurde abgebaut

Aufstieg in der Bundeswehr nach Eignung und Leistung

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

"Der Beförderungsstau wurde im wesentlichen beseitigt". konnte der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Karl Wilhelm Berkhan, bei der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Opposition feststellen. Schon mit dem "Weißbuch 70" hatte Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt auf die Mißstände im Personalbereich hingewiesen. Berufsunteroffiziere mußten zu lange auf ihre Beförderung zum Hauptfeldwebel warten. Rund 8.000 Oberfeldwebel waren älter als 35 Jahre. Nur 1.000 von 14.000 Oberfeldwebeln im Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit erreichten den Dienstgrad Hauptfeldwebel. Ein ähnliches Problem ergab sich auch aus der ungünstigen Altersstruktur der Berufsoffiziere. Aus diesem Grunde konnten z.B. 3.100 junge Hauptleute die ihre Stabsoffiziersprüfung bestanden, hatten, nicht zum Major befördert werden.

Staatssekretär Berkhan wies jetzt darauf hin, daß mit dem Verteidigungshaushalt 1971 zum Abbau des "Beförderungsstaus" 9.000 Planstellenhebungen bewilligt worden seien. Damit ist die Möglichkeit zu entsprechenden Beförderungen nach dem Leistungsprinzip gegeben worden. Darüber hinaus wurden durch die Nachschiebelleiste zum 1971er Haushalt 1.400 Planstellen für Oberfeldwebel auf Hauptfeldwebel und 3.050 Planstellen für Feldwebel auf Oberfeldwebel gehoben und den vorhandenen Funktionen angepaßt. Erfreulich ist auch, daß eine große Zahl leistungsstarker junger Hauptleute und Majore bei der Beförderung nicht übergangen wurde. Die 2.310 A-9-Stellen für Hauptfeldwebel und Hauptbootsmänner sind entsprechend dem Weißbuchvorschlag nicht auf bestimmte Dienstposten festgelegt worden. Eine solche Festlegung hätte bei der geringen Zahl der Planstellen zur unterschiedlichen Bewertung gleicher Tätigkeiten und damit zu Ungerechtigkeiten geführt. Die Einweisungen in diese Besoldungsgruppe erfolgte nach Eignung und Leistung.

(-/ex/ 4.11.1971 ogy)

+ + +

### Das Meer ist noch zu retten

---

Ausbau des Umweltschutz-Überwachungssystems dringend erforderlich

Die Industrie- und Handelskammer zu Lübeck hat ihr Ostsee-Jahrbuch dem Thema "Umweltschutz für die Ostsee" gewidmet. Die Ausführungen, die der Präsident des Hydrographischen Instituts in Hamburg, Prof. Dr. Ulrich Röll, zur Frage "Ist das Meer eine Müllgrube" machte, hoben dabei besonderes Gewicht.

Großbritannien hat der Nordsee zwischen 1963 und 1969 rund 40.000 Fässer übergeben, in die giftige Abfallstoffe wie Arsenverbindungen und Cyaniden einzementiert worden waren. Die Bundesrepublik versenkte in jenen Jahren mehrere tausend Fässer mit Arsen und Kampfstoffen. Es ist zu hoffen, daß die Betonbehälter standhalten, damit die Giftstoffe sich nicht in das Meer ergießen können. Ferner werden radioaktive Abfälle mit geringerer Aktivität in die Tiefsee geworfen, wobei man hofft, daß auch hier die Behälter nicht durch Korrosion zerstört werden.

Die Landwirtschaft verwendet in großem Umfange Pestizide und Insektizide, die durch Regen, Flüsse und Wind ins Meer gelangen, in die Nahrungskette geraten, sich im Fettgewebe anreichern und für Tier und Mensch sehr gefährlich werden. Mit den ungeklärten Abwässern der Haushalte geraten weiter große Mengen an Bakterien und möglicherweise Viren ins Meer. Die Schifffahrt verschmutzt das Meer durch Ölabbgaben. Die Bohrinnseln im Meer tragen durch Erdölreste und Erdgasreste zur Verunreinigung und Schädigung der Meeresbodenfauna bei.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in der Deutschen Bucht und der westlichen Ostsee vor zehn Jahren ein Meß- und Warnnetz eingerichtet. Man begann, die Radioaktivität des Meerwassers zu überwachen. Die Meßergebnisse von heute besagen, daß die radioaktive Verseuchung geringfügig abgenommen hat. Ein entsprechendes Überwachungssystem gibt es aber für andere schädliche Stoffe im Meer noch nicht, obwohl der Gesetzgeber schon vor einigen Jahren festgelegt hatte. Dafür werden nunmehr auch die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen sein. Zudem hat die EWG-Kommission ein derartiges Meßnetz für alle Länder der Gemeinschaft vorgeschlagen, weil Meeresverschmutzung sich nicht an Hoheitsgrenzen hält.

Es ist notwendig, daß sich die Wissenschaft umfassender der Frage annimmt, wann die Belastbarkeit des Meeres durch Abfallstoffe überschritten wird. Hier geht es auch um Quecksilber und Blei. Im Oberflächenwasser des Meeres der nördlichen Halbkugel nahm der Bleigehalt in den letzten zehn Jahren um das Fünf- bis Zehnfache zu. Die Konzentration von Quecksilberverbindungen ist schnell angestiegen.

Alle diese Vorgänge müssen nun wissenschaftlich geklärt, einwandfreie Meßdaten zusammengestellt und obere Grenzwerte genannt werden. Professor Röll ist der Auffassung, daß wir, obgleich wir noch nicht genau wissen, was wir dem Meer an Abfallstoffen anvertrauen können, sofort handeln sollten. Es sollte unverzüglich ein Überwachungssystem aufgebaut werden, weil es noch möglich ist, die entstandenen Schäden wieder gut zu machen sind: "Wir müssen dieses Überwachungssystem international abstimmen und wir müssen es bald tun."

(cc/ex/4.11.1971/hgy)